



MINISTERIALBLATT

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

47. Jahrgang

Ausgegeben zu Düsseldorf am 23. Dezember 1994

Nummer 79

Inhalt

I.

Veröffentlichungen, die in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBL. NW.) aufgenommen werden.

Glied.- Nr.	Datum	Titel	Seite
631	30. 11. 1994	RdErl. d. Finanzministeriums Verwaltungsvorschriften zur Landeshaushaltsordnung (VV-LHO)	1512

II.

Veröffentlichungen, die **nicht** in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBL. NW.) aufgenommen werden.

Datum		Seite
	Finanzministerium	
23. 11. 1994	RdErl. – Jahresabschluß für das Haushaltsjahr 1994 – Landeshaushalt –	1502
	Hinweis	
	Inhalt des Justizministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen Nr. 23 v. 1. 12. 1994	1511

II.

Finanzministerium

**Jahresabschluß
für das Haushaltsjahr 1994
– Landeshaushalt –**

RdErl. d. Finanzministeriums v. 23. 11. 1994 –
I D 3 – 0071 – 25.1

Für den Jahresabschluß des Haushaltsjahres 1994 bestimme ich, soweit erforderlich im Einvernehmen mit dem Innenministerium und dem Landesrechnungshof:

1 Abschluß der Kassenbücher

- 1.1 Die Kassenbücher für das Haushaltsjahr 1994 sind abzuschließen
- 1.11 bei den Regierungshauptkassen, den Oberfinanzkassen und der Oberjustizkasse

T. am 9. Januar 1995,

- 1.12 bei den anderen Landeskassen sowie bei den Kassen der Kreise, der kreisfreien Städte und der Landschaftsverbände, die wegen der Wahrnehmung von Kassenaufgaben für das Land als Landeskassen gelten,

T. am 3. Januar 1995,

- 1.13 bei der Landeshauptkasse aufgrund meiner besonderen Mitteilung.
- 1.2 Das Offenhalten der Bücher bei den in Nummer 1.11 aufgeführten Kassen zwischen dem 3. und 9. Januar 1995 dient ausschließlich der Durchbuchung der kassenmäßigen Abschlußergebnisse und der Ausführung von Berichtigungsbuchungen nach Nummer 5.1 und Nummer 5.2.
- 1.3 Die Landeshauptkasse darf nicht für Zahlungen in Anspruch genommen werden, deren Leistung durch die zuständigen Landeskassen nach dem 3. Januar 1995 nicht mehr möglich war (Nr. 3).

2 Annahme von Kassenanordnungen

- 2.1 Annahme- und Auszahlungsanordnungen sowie Änderungsanordnungen für Umbuchungen für das Haushaltsjahr 1994 sind anzunehmen
- 2.11 von den Landeskassen

T. bis zum 28. Dezember 1994,

- 2.12 von der Landeshauptkasse

T. bis zum 11. Januar 1995,

jedoch mit der Einschränkung, daß sie Anordnungen über Personal- und Sächliche Verwaltungsausgaben **nur bis zum 3. Januar 1995** anzunehmen hat.

T.

- 2.2 Mit Rücksicht auf die Weihnachtsfeiertage und auf den zum Jahresende ohnehin stark anwachsenden Arbeitsanfall sind Kassenanordnungen für das auslaufende Haushaltsjahr den Kassen Zug um Zug, möglichst schon bis Mitte Dezember 1994, zuzuleiten.

- 2.3 In ganz besonderen Ausnahmefällen können die Landeskassen bei Einvernehmen zwischen den Leitern der anordnenden Stellen und den Kassenleitern Auszahlungsanordnungen und Änderungsanordnungen für Umbuchungen für das Haushaltsjahr 1994 abweichend von Nummer 2.11 auch noch nach dem 28. Dezember 1994 annehmen. Dies gilt jedoch nicht für die im HKR-Verfahren arbeitenden anordnenden Stellen und Kassen. Die Oberfinanzkassen dürfen Kassenanordnungen für das Haushaltsjahr 1994 nur bis zum 28. Dezember 1994 annehmen und im HKR-Verfahren erfassen. Kassenanordnungen, die im Rechenlauf für den 28. Dezember 1994 zurückgewiesen werden, können noch am 29. Dezember 1994 zum Zwecke der Korrektur erfaßt werden. Gleiches gilt für Dienststellen, denen die Erfassung der Kassenanordnungen im HKR-Verfahren übertragen worden ist.

Eine Regelung über die Annahme von Kassenanordnungen durch die Landeshauptkasse nach dem 11. Januar 1995 behalte ich mir vor.

- 2.4 Die Landeshauptkasse kann unerledigte Annahmeanordnungen bereits nach dem 13. Januar 1995 an die anordnenden Stellen zurückgeben.

3 Letzter Zahlungstag

Ich bestimme für alle Landeskassen

den 3. Januar 1995

T.

als letzten Zahlungstag für das Haushaltsjahr 1994.

4 Vorlage der Abschlußnachweisungen

- 4.1 Die Kassen der Kreise und der kreisfreien Städte haben ihre Abschlußnachweisungen den Regierungshauptkassen

bis zum 6. Januar 1995

T.

vorzulegen.

- 4.2 Im übrigen sind die Abschlußnachweisungen der Landeshauptkasse vorzulegen, und zwar

- 4.21 vom Rechenzentrum der Finanzverwaltung anstelle der Regierungshauptkassen, der Oberfinanzkassen und der Oberjustizkasse

bis zum 12. Januar 1995,

T.

- 4.22 von den anderen Landeskassen

bis zum 6. Januar 1995.

T.

- 4.3 Für den Zeitraum vom 1. Dezember 1994 bis zum Abschluß der Kassenbücher (Nr. 1) ist nur eine Abschlußnachweisung zu fertigen.

- 4.4 Für die Vorlage der von den Medizinischen Einrichtungen der Hochschulen (ohne Bochum) auf der Grundlage der kaufmännischen doppelten Buchführung zu fertigenden Abschlußnachweisungen und Titelübersichten gelten die Richtlinien des Ministeriums für Wissenschaft und Forschung zur Buchführung der Medizinischen Einrichtungen der Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen vom 10. 10. 1989 sowie mein Erl. v. 24. 6. 1994 – I D 3 – 0071 – 24.1.

5 Titelverwechslungen, Buchungen im falschen Haushaltsjahr

- 5.1 Titelverwechslungen sind, soweit die erkannt werden und solange die Kassenbücher noch nicht abgeschlossen sind, durch Umbuchung zu berichtigen (Nr. 4.2 VV zu § 35 LHO). Dies gilt für Buchungen im falschen Haushaltsjahr entsprechend.

- 5.2 Nach dem Abschluß (Nr. 1) dürfen die Kassen in ihren Büchern Änderungen nicht mehr vornehmen. Werden Titelverwechslungen oder Buchungen im falschen Haushaltsjahr nach dem Abschluß festgestellt, so sind diese nach Nummer 27 VV zu § 71 LHO i. V. m. Nummer 2.24 meines RdErl. v. 21. 7. 1972 (SMBL. NW. 631) in den Büchern der übergeordneten Kasse zu berichtigen, solange diese noch nicht abgeschlossen sind. Sind die Berichtigungen durch die Landeshauptkasse durchzuführen, so sind ihr die erforderlichen Kassenanordnungen in fünffacher Ausfertigung zuzuleiten. Die Landeshauptkasse hat mich über die in ihren Büchern vorzunehmenden Berichtigungsbuchungen zu unterrichten. Sie hat zusätzlich das zuständige Fachministerium zu unterrichten, soweit die Berichtigungsbuchungen Buchungsstellen für übertragbare Ausgaben (Nr. 6.1 Satz 1) berühren.

- 5.3 Wegen der Behandlung von Titelverwechslungen, die im abgelaufenen Haushaltsjahr wegen Abschlusses der Bücher nicht mehr berichtet werden konnten, verweise ich auf Nummer 4.3 und Nummer 4.4 VV zu § 35 LHO.

- 5.4 Bei der Feststellung von Titelverwechslungen und Buchungen im falschen Haushaltsjahr, die nicht mehr berichtet werden konnten, ist zu prüfen, ob

bei richtiger Anordnung und Buchung Haushaltsüberschreitungen entstanden wären. Solche Fehler erfüllen objektiv den Tatbestand einer Dienstpflichtverletzung. Es ist daher stets auch die Haftungsfrage zu prüfen.

6 Haushaltsreste und Vorgriffe

6.1 Ausgaben für Investitionen, Ausgaben aus zweckgebundenen Einnahmen und die im Haushaltsgesetz oder im Haushaltsplan für übertragbar erklärten Ausgaben sind nach § 19 LHO übertragbar. Bis zur Höhe der bei den übertragbaren Ausgaben am Schluß des abgelaufenen Haushaltsjahres nicht ausgegebenen Beträge können Ausgabereste gebildet werden. Bei der Bildung der Ausgabereste sind die in § 45 LHO vorgeschriebene zeitliche Begrenzung der Übertragbarkeit, die VV zu § 45 LHO, etwaige Einsparungsaufgaben und die nachstehenden Bestimmungen in Nummer 6.2 und Nummer 6.3 zu beachten.

6.2 Soweit die Mittel für Baumaßnahmen, die nach dem Haushaltsplan im abgelaufenen Haushaltsjahr abgeschlossen werden sollten, aus den Mitteln des Kapitels 20 020 Titel 711 40 verstärkt worden sind, können aus den etwa nicht verausgabten Beträgen der zur Verstärkung bereitgestellten Mittel Ausgabereste nicht gebildet werden.

6.3 Ausgabereste dürfen nur gebildet werden, wenn sie bei Anlegung strengster Maßstäbe an eine wirtschaftliche und sparsame Verwaltung der Ausgabemittel im nächsten Haushaltsjahr allein oder zusammen mit den im Haushaltsplanentwurf für das nächste Haushaltsjahr für denselben Zweck veranschlagten Ausgaben kassenmäßig benötigt werden. Kommt danach eine Restebildung nicht in Frage, so sind die Beträge in Abgang zu stellen.

6.4 Die Ausgabereste werden von der Präsidentin des Landtags, vom Ministerpräsidenten, von den Fachministerien und vom Präsidenten des Landesrechnungshofs (oberste Landesbehörden) jeweils für ihre Einzelpläne gebildet. Die Ausgabereste für den Einzelplan 20 werden von den obersten Landesbehörden gebildet, die für die Bewirtschaftung der dort veranschlagten Mittel zuständig sind.

6.5 Mehrausgaben bei übertragbaren Ausgaben (Vorgriffe) sind auf die nächstjährige Bewilligung für den gleichen Zweck anzurechnen. Sie sind als negative Ausgabereste (Minusreste) nachzuweisen. Die Übernahme von Mehrausgaben bei übertragbaren Ausgaben auf die Rechnung des abgelaufenen Haushaltsjahres kann ich nur in besonders begründeten Einzelfällen zulassen. Erforderlichenfalls bitte ich mir einen ausführlich begründeten Antrag in doppelter Ausfertigung

T. bis zum 3. Februar des neuen Haushaltsjahres

vorzulegen. Die in dem Antrag enthaltenen Beträge müssen in die Liste der Ausgabereste und Vorgriffe (Nr. 6.6) aufgenommen werden.

6.6 Die obersten Landesbehörden bitte ich, mir alle unter Beachtung von Nummer 6.1 bis Nummer 6.5 vorgesehenen Ausgabereste und Vorgriffe sobald wie möglich,

T. spätestens bis zum 3. Februar des neuen Haushaltsjahres,

mitzuteilen, damit ich meine Abschlußverfügungen treffen kann. Hierbei bitte ich, mir Ausgabereste mit einem Volumen ab 50 000 DM unter Verwendung des Musters 1 in dreifacher Ausfertigung mitzuteilen. Ausgabereste unter 50 000 DM und die Vorgriffe bitte ich mir, wie bisher, listenmäßig in dreifacher Ausfertigung mitzuteilen. In beiden Fällen bitte ich,

6.61 mit besonderer Sorgfalt zu erläutern, welche bereits übernommenen Verpflichtungen aus den vorgesehenen Ausgaberesten gedeckt werden sollen,

6.62 die Notwendigkeit der Bildung von Ausgaberesten stichhaltig und erschöpfend zu begründen,

6.63 bei durch den Haushaltsplan zugelassenen Änderungen an den Buchungsstellen im neuen Haushaltsjahr gegenüber dem abgelaufenen Haushaltsjahr festzulegen, auf welche Einzelpläne, Kapitel und Titel und, falls ein Ausgabereist oder Vorgriff auf mehrere Buchungsstellen aufgegliedert wird, in welchen Teilbeträgen die Ausgabereiste oder Vorgriffe in das neue Haushaltsjahr übertragen werden sollen,

6.64 die zu übertragenden Ausgabereiste und Vorgriffe je für sich und getrennt nach den Hauptgruppen des Gruppierungsplans am Schluß der Liste auszuweisen und jeweils die Gesamtsumme zu bilden.

6.7 Die Bildung von Ausgabereisten bedarf nach § 45 Abs. 3 LHO meiner Einwilligung.

6.71 Meine Einwilligung gilt als erteilt für Ausgabereiste im Einzelplan 01. Ferner gilt meine Einwilligung als erteilt, wenn der Ausgabereist deshalb gebildet werden muß, weil im abgelaufenen Haushaltsjahr bei den Titeln der Hauptgruppe 7 (Baumaßnahmen) oder bei den Titeln der Gruppe 812 (Erwerb von Geräten, Ausstattungs- oder Ausrüstungsgegenständen im Inland) Verpflichtungen zu Lasten nicht ausgeschöpfter Ausgabeermächtigungen eingegangen worden sind. Für die Inanspruchnahme dieser Ausgabereiste gilt Nummer 6.8.

6.72 Die Entscheidung, ob und in welchem Umfang ich darüber hinaus in die Bildung von Ausgabereisten einwilligen kann, vermag ich erst zu treffen, wenn mir das Jahresergebnis der nach der Ordnung des Haushaltsplans gebuchten Einnahmen und Ausgaben sowie die zur Übertragung vorgesehenen Ausgabereiste und Vorgriffe aller Einzelpläne bekannt sind. Ich behalte mir deshalb vor, soweit ich aus finanzwirtschaftlichen Gründen in die Bildung von Ausgabereisten nicht einwilligen kann, die obersten Landesbehörden darum zu ersuchen, in den betreffenden Fällen die vorgesehenen Ausgabereiste nicht zu bilden und die nicht verwendeten Mittel ganz oder teilweise in Abgang zu stellen. Meine Einwilligung werde ich sobald wie möglich mitteilen und den obersten Landesbehörden gleichzeitig ein von mir für ihren Einzelplan erstelltes Resteverzeichnis und gegebenenfalls ein Resteverzeichnis für den Einzelplan 20 (Nr. 6.4 Satz 2) in jeweils mehrfacher Ausfertigung übersenden.

6.73 Die in den Resteverzeichnissen enthaltenen Haushaltsreste und Vorgriffe werden von mir nach Nummer 8 VV zu § 45 LHO in der Haushaltsrechnung für das abgelaufene Haushaltsjahr nachgewiesen (Ist-Reste), in das neue Haushaltsjahr übertragen und in der Haushaltsrechnung des neuen Haushaltsjahres als aus dem Vorjahr übertragene Beträge nachgewiesen (Soll-Reste).

6.8 Die Inanspruchnahme der in das neue Haushaltsjahr übertragenen Ausgabereiste bedarf nach § 45 Abs. 3 LHO meiner Einwilligung.

6.81 Nach § 45 Abs. 3 LHO kann ich meine Einwilligung in die Inanspruchnahme von Ausgabereisten nur erteilen, wenn veranschlagte Ausgaben in gleicher Höhe bis zum Ende des Haushaltsjahres nicht geleistet werden oder wenn Ausgabemittel zur Deckung der Ausgabereiste veranschlagt worden sind (§ 19 Abs. 2 LHO). Hiervon sind Ausgabereiste aus den Zuweisungen des allgemeinen Steuerverbundes und des Kraftfahrzeugsteuerverbundes, die den Gemeinden und Gemeindeverbänden durch das Land zur Verfügung gestellt worden sind, und Ausgabereiste, denen zweckgebundene Einnahmen gegenüberstehen, ausgenommen. Das weitere Verfahren der Inanspruchnahme von Ausgabereisten werde ich den obersten Landesbehörden in meinem Rundschreiben zur Feststellung des Haushaltsplans 1995 bekanntgeben.

6.82 Meine Entscheidung darüber, ob, wann und inwieweit die Ausgabereiste in Anspruch genommen werden dürfen, kann ich grundsätzlich erst nach dem Jahresabschluß mitteilen. Vor dieser Freigabe dürfen auch Verpflichtungen zur Leistung von

Ausgaben zu Lasten der Ausgabereiste nur mit meiner Einwilligung eingegangen werden.

- 6.9 In besonders begründeten Einzelfällen kann ich die Übertragbarkeit von nicht übertragbaren Ausgaben zulassen. Dies kann nur unter äußerst dringenden Umständen in Betracht gezogen werden. Erforderlichenfalls ist mir ein ausführlich begründeter Antrag in doppelter Ausfertigung

T. bis zum 3. Februar des neuen Haushaltsjahres

vorzulegen. Die zur Übertragung vorgesehenen Beträge dürfen nicht in die Liste der Ausgabereiste und Vorgriffe aufgenommen werden.

- 7 **Einnahme- und Ausgabeübersichten, Abschlußergebnisse der Finanzkassen, besondere Nachweisungen**

7.1 **Einnahme- und Ausgabeübersichten**

Die zum Jahresabschluß zu erstellenden Einnahme- und Ausgabeübersichten (Titelübersichten) sind nach Einzelplänen sowie nach Einnahmen und Ausgaben zu trennen. Die Kassen der Kreise und der kreisfreien Städte haben die Titelübersichten den Abschlußnachweisungen beizufügen. Für die Erstellung und Weiterleitung der Titelübersichten der mit der Landeshauptkasse unmittelbar abrechnenden Landeskassen gilt Nummer 3 meines RdErl. v. 17. 12. 1970 (SMBI. NW. 632) entsprechend. Für die Kasse des Landschaftsverbandes Rheinland, die Hauptkasse des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe, die Hauptkassen der Landwirtschaftskammern Rheinland und Westfalen-Lippe und die Amtskasse des Landtags gilt zusätzlich mein Erlaß vom 24. 6. 1994 – I D 3 – 0071 – 24.1 –. Auf Nummer 4.4 weise ich hin.

- 7.11 In den Titelübersichten sind die Summen aller Titel so aufzuführen, wie sie in der Rechnungsnachweisung (Nr. 8) erscheinen.

- 7.12 Die Titelübersichten sind wie folgt zu bescheinigen: „Rechnerisch richtig, die Übereinstimmung mit dem Titelbuch wird bescheinigt.“ Abweichend von Satz 1 sind Titelübersichten, die auf der Grundlage der in automatisierten Buchführungsverfahren gespeicherten Titelergebnisse programmgesteuert erstellt worden sind, wie folgt zu bescheinigen: „Die Titelübersicht wurde auf der Grundlage der in einem automatisierten Buchführungsverfahren gespeicherten Ergebnisse des Titelbuches erstellt.“

7.2 **Abschlußergebnisse der Finanzkassen**

Die Abschlußergebnisse der in den Finanzkassen geführten Vorbücher zum Titelbuch sind den Oberfinanzkassen durch das Rechenzentrum der Finanzverwaltung

T. bis zum 4. Januar 1995

vorzulegen.

7.3 **Schnellmeldeverfahren**

Zur Vorwegunterrichtung über das kassenmäßige Ergebnis des abgelaufenen Haushaltsjahres hat das Rechenzentrum der Finanzverwaltung die bei den Regierungshauptkassen, den Oberfinanzkassen und der Oberjustizkasse gebuchten Einnahmen und Ausgaben pro Kasse in je einer Summe

T. bis zum 10. Januar 1995, 14.00 Uhr,

der Landeshauptkasse mitzuteilen; dabei ist darauf zu achten, daß die bei den Kassen der Kreise und kreisfreien Städte gebuchten Einnahmen und Ausgaben in den Ergebnissen der Regierungshauptkassen enthalten sind. Die Landeshauptkasse faßt die ihr nach Satz 1 mitgeteilten Ergebnisse, die Ergebnisse aller übrigen ihr nachgeordneten Landeskassen, die ihr aufgrund der in Nr. 4.4 genannten Richtlinien übermittelten Ergebnisse der Medizinischen Einrichtungen der Hochschulen und ihre eigenen Ergebnisse nach dem Stand vom 9. Januar 1995 zusammen und teilt mir das Ergebnis unverzüglich mit. Aus der Mitteilung müssen die Summen der Einnahmen und Ausgaben sowie die auf

die der Landeshauptkasse unmittelbar nachgeordneten Kassen, die auf die Landeshauptkasse und die auf die Medizinischen Einrichtungen der Hochschulen entfallenden Teilbeträge ersichtlich sein.

7.4 **Zusammenstellung der Ist-Einnahmen und Ist-Ausgaben**

Zur Vorwegunterrichtung über das kassenmäßige Ergebnis, wie es sich unter Berücksichtigung aller bis zum 11. Januar 1995 angenommenen Kassenanordnungen ergibt, übersende ich den obersten Landesbehörden

zum 23. Januar 1995

T.

eine auf der Grundlage des Gesamttitelbuches der Landeshauptkasse gefertigte Zusammenstellung der bei den einzelnen Titeln nachgewiesenen Ist-Einnahmen und Ist-Ausgaben. In der Zusammenstellung sind über die Titelbezeichnungen und Titelergebnisse hinaus die auf die einzelnen Kassen und Medizinischen Einrichtungen der Hochschulen entfallenden Titelergebnisse, ferner titelweise die Haushaltsbeträge und die aus dem Vorjahr übertragenen Haushaltsreste und Vorgriffe, das daraus errechnete Gesamtsoll sowie die aus dem Titelergebnis und dem Gesamtsoll errechneten Mehr- oder Mindereinnahmen und -ausgaben vermerkt.

7.5 **Nachweisungen über nicht abgewickelte Verwahrungen und Vorschüsse**

- 7.51 Die Kassen der Kreise und der kreisfreien Städte haben den Regierungshauptkassen

bis zum 13. Januar 1995

T.

je einen Abdruck der nach Nummer 5 VV zu § 80 LHO in Verbindung mit Nummer 8.23 Satz 2 und 3 ohnehin zu erstellenden Nachweisungen über die nicht abgewickelten Verwahrungen und Vorschüsse vorzulegen. Fehlanzeige ist **nicht** erforderlich; statt dessen kontrollieren die Regierungshauptkassen die vollzählige Vorlage der Nachweisungen anhand der in den Abschlußnachweisungen ihrer nachgeordneten Kassen für den Monat Dezember 1994 nachgewiesenen Verwahrungs- und Vorschußbestände. Die Finanzkassen und die Gerichtskassen haben ebenfalls Nachweisungen nach Muster 2 über die beim Jahresabschluß 1994 nicht abgewickelten Verwahrungen und Vorschüsse zu erstellen und den Oberfinanzkassen bzw. der Oberjustizkasse

Muster 2

bis zum 13. Januar 1995

T.

vorzulegen; gegebenenfalls haben sie Fehlanzeige zu erstatten.

- 7.52 Die der Landeshauptkasse unmittelbar nachgeordneten Kassen haben

bis zum 19. Januar 1995

T.

je einen Abdruck der von ihnen zu erstellenden Nachweisungen nach Muster 2 und die ihnen gegebenenfalls nach Nummer 7.51 vorgelegten Nachweisungen an die Landeshauptkasse zu übersenden, die sie nach Eingang aller Nachweisungen an mich weiterleitet. Nummer 7.51 Satz 2 gilt entsprechend.

- 7.53 Die Landeshauptkasse übersendet mir bald nach dem Abschluß ihrer Bücher ebenfalls je einen Abdruck der Nachweisungen über die bei ihr bis zum Jahresabschluß noch nicht abgewickelten Verwahrungen und Vorschüsse.

- 7.54 Ich weise darauf hin,

- 7.541 daß es unstatthaft ist, die verbliebenen Verwahrungen und Vorschüsse als solche vor dem Jahresabschluß in die Bücher des neuen Haushaltsjahres zu übernehmen,

- 7.542 daß für die Übertragung von Vorschüssen über das zweite auf ihre Entstehung folgende Haushaltsjahr hinaus nach § 60 Abs. 1 LHO meine Einwilligung erforderlich ist,

- 7.543 daß die Nachweisungen über die bis zum Jahresabschluß nicht abgewickelten Verwahrungen und

Vorschüsse unter sorgfältiger Beachtung der Nummer 5.2 bis Nummer 5.5 VV zu § 80 LHO zu erstellen sind.

8 Rechnungsnachweisungen

8.1 Aufstellung

8.1.1 Jede rechnungslegende Kasse hat für jedes Kapitel eine Rechnungsnachweisung aufzustellen (Nr. 4 VV zu § 80 LHO). Abweichend hiervon erstellt das Rechenzentrum der Finanzverwaltung für die Oberfinanzkassen Rechnungsnachweisungen getrennt nach Titelverwaltern. Die Rechnungsnachweisungen sind zu bezeichnen mit

8.1.1.1 Rechnungsnachweisung A für Einnahmen, soweit die Einnahmen nicht mit Ausgaben, die in eine Rechnungsnachweisung nach Nummer 8.1.1.2 aufzunehmen sind, zu einer Rechnungsnachweisung A/B zusammengefaßt werden können oder in eine Rechnungsnachweisung nach Nummer 8.1.1.5 aufzunehmen sind,

8.1.1.2 Rechnungsnachweisung B für Ausgaben, soweit sie nicht in die Rechnungsnachweisungen nach Nummer 8.1.1.3 bis Nummer 8.1.1.5 aufzunehmen sind,

8.1.1.3 Rechnungsnachweisung C für Personalausgaben, auch soweit sie in Titelgruppen veranschlagt sind,

8.1.1.4 Rechnungsnachweisung D für Bauausgaben, auch soweit sie in Titelgruppen veranschlagt sind,

8.1.1.5 Rechnungsnachweisung E für die nach Nummer 8.1.2.4 bis Nummer 8.1.2.9 getrennt aufzustellenden Rechnungsnachweisungen.

8.1.2 Aus Gründen der Rechnungsprüfung sind abweichend von Nummer 8.1.1

8.1.2.1 die Titel 411 10 bis 411 18 im Kapitel 01 010, der Titel 427 00 im Kapitel 02 610, der Titel 443 00 im Kapitel 03 020, soweit er nicht vom Landesamt für Besoldung und Versorgung Nordrhein-Westfalen bewirtschaftet wird, die Titel 453 10 in den Kapiteln 03 110 und 03 130, die Titel 412 00 in den Kapiteln 04 040, 04 070, 04 080, 07 210 und 07 220 in die Rechnungsnachweisungen B aufzunehmen,

8.1.2.2 der Titel 981 00 im Kapitel 03 130, der Titel 681 10 im Kapitel 05 490, der Titel 981 10 in den Kapiteln 05 050, 06 060, 06 071, 06 072, 06 073 und 06 111, der Titel 981 20 im Kapitel 06 060 sowie die Titel 241 00, 646 10, 646 20, 652 10, 653 10 und 681 00 im Kapitel 20 020 in die Rechnungsnachweisungen C aufzunehmen,

8.1.2.3 alle Titel 519 20 mit Ausnahme des Titels 519 20 im Kapitel 20 020 in die Rechnungsnachweisungen D aufzunehmen,

8.1.2.4 die Titel 547 60 und 812 60 im Kapitel 03 010 in eine getrennte Rechnungsnachweisung E aufzunehmen,

8.1.2.5 die Titel 162 86, 182 86, 981 10 und 981 20 sowie die Titel der Einnahmetitelgruppe 85 im Kapitel 14 060 in eine getrennte Rechnungsnachweisung E aufzunehmen,

8.1.2.6 der Titel 511 00 im Kapitel 15 500 in eine getrennte Rechnungsnachweisung E aufzunehmen,

8.1.2.7 die Titel 331 10, 333 00 und 682 00 sowie die Titel der Ausgabetitelgruppen 63, 65 und 66 im Kapitel 15 470 in eine getrennte Rechnungsnachweisung E aufzunehmen,

8.1.2.8 der Titel 883 13 im Kapitel 20 030 in eine getrennte Rechnungsnachweisung E aufzunehmen,

8.1.2.9 die Titel 519 20, 519 21, 711 10 und 711 11 im Kapitel 20 020 in eine getrennte Rechnungsnachweisung E aufzunehmen,

8.1.2.10 von den Hauptkassen der Landwirtschaftskammern für jedes Forstamt getrennte Rechnungsnachweisungen aufzustellen.

8.1.3 In den Rechnungsnachweisungen sind die Titel in der Reihenfolge aufzuführen, die sich aus dem

Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 1994 ergibt. Dabei sind außerplanmäßige Titel und Titel, die nicht mehr im Haushaltsplan enthalten sind, wegen übertragener Haushaltsreste aber noch benötigt werden, dort einzufügen, wo sie im Falle ihrer Veranschlagung im Haushaltsplan auszubringen gewesen wären. Für die in den Rechnungsnachweisungen aufgeführten Einnahmen und Ausgaben sind jeweils Gesamtsummen auszuweisen.

8.1.4 Jede Rechnungsnachweisung ist vierfach auszufertigen. Die Ausfertigungen sind vorgesehen für das zuständige Staatliche Rechnungsprüfungsamt, für die anordnende Stelle, für die Einzelrechnung und als Entwurf.

8.1.4.1 Für die Landeshauptkasse, die Regierungshauptkassen, die Oberfinanzkassen und die Oberjustizkasse werden die Rechnungsnachweisungen vom Rechenzentrum der Finanzverwaltung gefertigt. Das Rechenzentrum der Finanzverwaltung erstellt jedoch für alle innerhalb eines Kapitels nach anordnenden Stellen getrennt zu legenden Einzelrechnungen nur eine Rechnungsnachweisung in vierfacher Ausfertigung, aus der die auf die jeweilige Einzelrechnung entfallenden Beträge ersichtlich sind. Die für die Einzelrechnungen und die anordnenden Stellen benötigten weiteren Ausfertigungen der Rechnungsnachweisungen (Nr. 8.2.2 und Nr. 8.2.3) sind von den genannten Kassen herzustellen und mit einer Ausfertigungsbescheinigung zu versehen.

8.1.4.2 Für die vom Rechenzentrum der Finanzverwaltung gefertigten Rechnungsnachweisungen entfällt die Bescheinigung gemäß Nummer 4.3 VV zu § 80 LHO. Diese Rechnungsnachweisungen müssen jedoch folgenden Hinweis enthalten: „Die Rechnungsnachweisung ist vom Rechenzentrum der Finanzverwaltung im automatisierten Buchführungsverfahren erstellt worden.“

8.1.4.3 Nummer 8.1.4.2 gilt für die Gemeinden und Gemeindeverbände sinngemäß, wenn die Rechnungsnachweisungen unter Verwendung der in ADV-Verfahren gespeicherten Titelergebnisse programmgesteuert gefertigt werden.

8.1.5 Soweit die anordnenden Stellen den für sie zuständige Kassen bislang Druckstücke des Haushaltsplans, einzelner Einzelpläne oder Kapitel noch nicht übersandt haben, sind diese Unterlagen den Kassen umgehend zur Verfügung zu stellen, damit die Kassen die Rechnungsnachweisungen nach der im Haushaltsplan vorgesehenen Ordnung erstellen können.

8.2 Vorlage

8.2.1 Die Kassen der Kreise und kreisfreien Städte haben die von ihnen aufgestellten Rechnungsnachweisungen

bis zum 13. Januar 1995

T.

den Regierungshauptkassen vorzulegen. Alle anderen Kassen haben die für die Staatlichen Rechnungsprüfungsämter vorgesehenen Ausfertigungen der von ihnen aufgestellten Rechnungsnachweisungen und die ihnen gegebenenfalls nach Satz 1 vorgelegten Rechnungsnachweisungen unverzüglich den für sie zuständigen Staatlichen Rechnungsprüfungsämtern zuzuleiten.

8.2.2 Eine weitere Ausfertigung der Rechnungsnachweisungen ist unverzüglich den anordnenden Stellen zu deren Unterrichtung zu übersenden.

8.2.3 Eine dritte Ausfertigung der Rechnungsnachweisungen ist von den Kassen den zur Prüfung vorzulegenden Einzelrechnungen beizufügen. Dieser Ausfertigung der Rechnungsnachweisungen, die später als Anlage zu dem gem. Erlaß des Landesrechnungshofs vom 31. 7. 1991 – I C – 380 – 3 – von den Staatlichen Rechnungsprüfungsämtern zu fertigenden Bericht über das Haushaltsjahr 1994 dem Landesrechnungshof zu übersenden ist, sind die unter Verwendung des anliegenden Musters 2 nach Nummer 5 VV zu § 80 LHO zu erstellenden Nach-

weisungen über die am Schluß des Haushaltsjahres nicht abgewickelten Verwahrungen und Vorschüsse und die Nachweisungen über die nicht abgerechneten Abschlagsauszahlungen beizugeben. Für die Nachweisungen über die nicht abgewickelten Verwahrungen und Vorschüsse wird bestimmt, daß die Kassen

- 8.231 die bei den Verwahrungen nachgewiesenen Bestände an Forschungsmitteln und an Kassenmitteln für die Wahrnehmung von Kassenaufgaben für Stiftungen oder andere Stellen außerhalb der Landesverwaltung ohne nähere Begründung in einer einzigen Nachweisung zu erfassen haben, und zwar nach Möglichkeit in derjenigen Nachweisung, die der Rechnungsnachweisung A für das Kapitel der Dienststelle, zu der die Kasse gehört, beizufügen ist,

- 8.232 sämtliche Handvorschüsse und Gehaltvorschüsse jeweils summarisch in einer einzigen Nachweisung zu erfassen haben, und zwar nach Möglichkeit in derjenigen Nachweisung, die der Rechnungsnachweisung B für das Kapitel der Dienststelle, zu der die Kasse gehört, beizufügen ist.

9 **Rechnungsnachweisungen (Anhänge zur Oberrechnung)**

- 9.1 Für die Regierungshauptkassen hat das Rechenzentrum der Finanzverwaltung zu jedem Einzelplan, soweit in ihm Titelergebnisse mehrerer Kassen zusammenzufassen sind, eine „Rechnungsnachweisung (Anhang zur Oberrechnung)“ nach dem anliegenden Muster 3 in zweifacher Ausfertigung zu erstellen und der zuständigen Regierungshauptkasse zuzuleiten. Darin sind die Abschlußergebnisse des gesamten Einzelplans, also auch die der jeweiligen Regierungshauptkasse, titelweise aufzuführen. Nummer 8.13 Satz 1 und 2 gilt entsprechend. Die den Regierungshauptkassen nachgeordneten Kassen sind in den Rechnungsnachweisungen (Anhängen zur Oberrechnung) nur durch eine Nummer zu bezeichnen. Ein entsprechendes Nummernverzeichnis der Kassen ist beizufügen.

- 9.2 Für die Personalausgaben (Titel der Hauptgruppe 4 des Gruppierungsplans) und für die Bauausgaben (Titel der Hauptgruppe 7 des Gruppierungsplans) sind die Rechnungsnachweisungen (Anhänge zur Oberrechnung) unter entsprechender Anwendung der Nummer 8.121 bis Nummer 8.123 getrennt aufzustellen.

- 9.3 Eine Ausfertigung der Rechnungsnachweisung (Anhang zur Oberrechnung) ist dem zuständigen Staatlichen Rechnungsprüfungsamt

T.

bis zum 25. Januar 1995

für die dort nach dem Erlaß des Landesrechnungshofs (siehe Nr. 8.23) durchzuführenden Prüfungen zuzuleiten.

10 **Aufstellung und vorbereitende Prüfung der Einzelrechnungen**

- 10.1 Die für das Haushaltsjahr 1994 zu legenden Einzelrechnungen sind

bis zum 31. Januar 1995

T.

fertigzustellen. Zu einer Einzelrechnung gehören die abgeschlossenen Rechnungslegungsbücher und die dazugehörigen Rechnungsbelege, die Rechnungsnachweisungen mit Anlagen und die sonstigen Rechnungsunterlagen.

- 10.2 Die rechnunglegenden Kassen und die anderen an der Rechnungslegung etwa mitwirkenden Stellen (Nr. 2 VV zu § 80 LHO) halten die Rechnungen zur Anforderung durch die Staatlichen Rechnungsprüfsämter bereit.

- 10.3 Die Staatlichen Rechnungsprüfsämter fordern die Rechnungen von den rechnunglegenden Kassen und von den anderen an der Rechnungslegung etwa mitwirkenden Stellen (Nr. 2 VV zu § 80 LHO) zur vorbereitenden Prüfung rechtzeitig an.

- 10.4 Für Gemeinden und Gemeindeverbände, denen im Falle der Ausführung des Landeshaushalts die Vorprüfung nach § 100 Abs. 4 LHO obliegt, gilt der Erlaß des Landesrechnungshofs vom 23. 12. 1991 – I C 380 – 3 –.

11 **Beiträge zur Landeshaushaltsrechnung**

Zur Aufstellung der Landeshaushaltsrechnung 1994 verweise ich auf mein an die obersten Landesbehörden gerichtetes Rundschreiben vom 7. 6. 1973 – I D 1 d – Tgb. Nr. 1713/73 – und mein jährliches Rundschreiben über die Aufstellung der Landeshaushaltsrechnung, mit dem ich gemäß Nummer 13.1 VV zu § 80 LHO die vorbereitete Haushaltsrechnung zur Ergänzung übersende.

12 **Entsprechende Anwendung für die Sonderkonten**

Wegen einer für die Landeskassen und die Landeshauptkasse einheitlichen Regelung sind die vorstehenden Bestimmungen mit Ausnahme von Nummer 6 und Nummer 7.2 bis Nummer 7.5 für die Sonderrechnungen (Sonderkonten) über die Verwendung von Mitteln der ausländischen Streitkräfte entsprechend anzuwenden. Abweichend von Nummer 8 und Nummer 9 sind Rechnungsnachweisungen für die Sonderkonten nicht aufzustellen.

Muster 3

**Anmeldung von Resten zur Übertragung
in das Haushaltsjahr 1995**

1	Kapitel	Titel		
	Zweckbestimmung	(bei Titel innerhalb einer TGr. auch Kurzbezeichnung der TGr.-Überschrift)		
.....				
.....				
2	Nur ausfüllen, wenn sich die Buchungsstelle im Haushaltsjahr 1995 ändert:			
	Der Rest (Nr. 3.11) ist in das Haushaltsjahr 1995 zu übertragen auf			
	Kapitel	Titel	mit	DM
	Kapitel	Titel	mit	DM
3.01	Haushaltsansatz 1994			DM
	<u>dazu:</u>			
3.02	übertragener Ausgabereist aus 1993			DM
	übertragener Ausgabereist aus 1992			DM
	übertragener Ausgabereist aus 19.....*)			DM
	<u>davon ab:</u>			
3.03	Vorgriff auf 1994			DM
	Zwischensumme			DM
	<u>dazu:</u>			
3.04	Verstärkung durch Deckungsfähigkeit**)			
	von Kap./Titel			DM
	von Kap./Titel			DM
	von Kap./Titel			DM
	<u>davon ab:</u>			
3.05	Verminderung durch Deckungsfähigkeit			
	an Kap./Titel			DM
	an Kap./Titel			DM
	an Kap./Titel			DM
	<u>davon ab:</u>			
3.06	Verminderung durch Inanspruchnahme des Ansatzes für eine anderweitige über- oder außerplanmäßige Ausgabe			DM
	<u>davon ab:</u>			
3.07	Heranziehung des Ansatzes zur Erfüllung der Einsparauflagen für eine genehmigte Inanspruchnahme eines anderen Ausgabereistes			DM
	<u>dazu:</u>			
3.08	Verstärkung durch Einnahmen von Kap./Titel			DM

b.w.

*) Der Verlängerung des Verfügungszeitraums wurde gemäß § 45 Abs. 2 Satz 3 LHO zugestimmt.

**) Nur zulässig, wenn bestehende Deckungsfähigkeiten im Laufe des Jahres 1994 in Anspruch genommen und die daraus für 1994 eingegangenen Verpflichtungen nicht mehr kassenwirksam geworden sind. Die Notwendigkeit ist nachzuweisen.

- 3.09 Gesamtsoll DM
 davon ab:
- 3.10 Ist-Ausgabe 1994 DM
- 3.11 entstandener Rest 1994 DM
 entstandener Rest aus 1994 (s. Vorseite) DM
 davon:
- 3.12 zu übertragen DM
- 3.13 in Abgang zu stellen DM

4 Begründung zu Zeile 3.12:

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

- 5 Ausnahmegenehmigung gemäß § 45 Abs. 2 Satz 3 LHO
für den entstandenen Rest aus Zeile 3.12 wird hiermit für DM
beantragt.

Entscheidung des FM (Zutreffendes ist angekreuzt):

- [] Der Verlängerung des Verfügungszeitraums wird nach § 45 Abs. 2 Satz 3 LHO
- [] für DM nicht zugestimmt; insoweit darf ein Ausgaberes nicht gebildet werden.
- [] für DM zugestimmt.
- [] Einwilligung wird nach § 45 Abs. 4 LHO erteilt für DM
- bei Kap./Titel
- [] Ausnahme von VV 5.2 zu § 45 LHO wird für Kap./Titel zugelassen.

Muster 2
(zu Nr. 7.51 und Nr. 8.23)

(Deckblatt – DIN A 4)

.....
(Kasse)

Nachweisung

der nicht abgewickelten

☐ Verwahrungen ☐ Vorschüsse

gem. Nr. 5 VV zu § 80 LHO
für das Haushaltsjahr 1994

Die Richtigkeit und Vollständigkeit wird bescheinigt:

.....
(Ort, Datum)

.....
(Unterschrift)

- Zur Beachtung: 1. Zutreffendes ankreuzen ☒
2. Bei Vorschüssen sind Hinweise auf die Einwilligung des Finanzministeriums anzugeben, sofern diese nach § 60 Abs. 1 Satz 2 LHO erforderlich ist.

.....
(Folgeblätter – DIN A 4)

Lfd. Nr.	Buchungs- tag	Betrag DM	Zweck, Begründung, Bemerkungen
1	2	3	4

.....
(Kasse)**Rechnungsnachweisung (Anhang zur Oberrechnung)****Einzelplan****für das Haushaltsjahr 1994**

Kap.	Titel	Kassen- Nr.	Betrag DM	Titelsumme DM	Kapitelsumme DM
a) Einnahmen					
			Summe der Einnahmen		
b) Ausgaben					
			Summe der Ausgaben		

Nummernverzeichnis der Kassen zur Rechnungsnachweisung (Anhang zur Oberrechnung) des Einzelplans

- 1 Stadtkasse x
- 2 Stadtkasse y
- 3 Kreiskasse z
-
-
- 50 Regierungshauptkasse a

Hinweis**Inhalt des Justizministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen****Nr. 23 v. 1. 12. 1994**

(Einzelpreis dieser Nummer 4,- DM zuzügl. Portokosten)

	Seite		Seite
Allgemeine Verfügungen		4. ZPO § 78 II, §§ 139, 887 ff. – Unterliegt das Erkenntnis-	
Justizministerialblatt für das Land Nordrhein-Westfalen;		verfahren vor dem Amtsgericht – Familiengericht – dem	
hier: Veröffentlichung von Entscheidungen	266	Anwaltszwang, dann gilt dasselbe für die dem Amtsgericht	
Bekanntmachungen	266	– Familiengericht – als Prozeßgericht zugewiesenen	
Personalnachrichten	267	Zwangsvollstreckungsverfahren der §§ 887 ff. ZPO. Wird	
Ausschreibungen	269	der entsprechende Vollstreckungsantrag der postulations-	
Rechtsprechung		unfähigen Partei sogleich zurückgewiesen, anstatt ihr Gele-	
Zivilrecht		genheit zu geben, das Hindernis zu beheben, rechtfertigt	
1. BGB § 177. – Ist in einem notariellen Vertrag, bei dessen		das grundsätzlich die Aufhebung und Zurückverweisung	
Abschluß für eine Vertragspartei ein vollmachtloser Vertreter		durch das Beschwerdegericht.	
gehandelt hat, der beurkundende Notar mit dem Vollzug des		OLG Köln vom 8. August 1994 – 25 WF 147/94	271
Vertrages beauftragt und bevollmächtigt, die zu dem Vertrag		Strafrecht	
notwendigen Genehmigungen einzuholen und namens der		1. StPO § 121 I. – Die Urlaubsabwesenheit des Vorsitzenden	
Vertragsschließenden entgegenzunehmen, so folgt daraus		einer Strafkammer, die einschließlich des Vorsitzenden mit	
regelmäßig seine Bevollmächtigung, den Vertretenen zur		drei Berufsrichtern besetzt ist, stellt keinen wichtigen Grund	
Erklärung über die Genehmigung des Vertragsschlusses		für eine Haftfortdauer dar.	
aufzufordern und dessen Erklärung hierüber entgegen-		OLG Düsseldorf vom 8. Juli 1994 – 2 Ws 203/94	272
zunehmen.		2. StPO § 335 I. – Der Begriff „Zulässigkeit der Berufung“ in	
OLG Köln vom 26. Mai 1994 – 18 W 14/94	269	§ 335 I StPO ist als deren „Statthaftigkeit“ zu verstehen.	
2. Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem		Hieran hat sich durch das Rechtspflegeentlastungsgesetz	
Staat Israel über die gegenseitige Anerkennung und		mit der Einfügung des § 313 I StPO nichts geändert.	
Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und		OLG Düsseldorf vom 30. August 1994 – 2 Ss 232/94	
Handelssachen vom 13. 8. 1980 Artikel 16 und Artikel 5 II		– 47/94 III	273
Nr. 1 a und b. – Im Verhältnis zwischen der Bundesrepublik		Kostenrecht	
Deutschland und Israel ist Artikel 10 des Haager Über-		1. BRAGO § 8; KostO § 30. – Der Gegenstandswert für die	
einkommens über die Zustellung gerichtlicher und außer-		anwaltliche Tätigkeit eines als Verfahrenspfleger bestellten	
gerichtlicher Schriftstücke im Ausland in Zivil- und Handels-		Rechtsanwalts im Betreuungsverfahren bestimmt sich nach	
sachen vom 15. 11. 1965 nicht anwendbar. Die nach israeli-		§ 8 II BRAGO, nicht nach § 30 II, III KostO. Der in § 8 II	
ischem Recht an sich zulässige Zustellung einer Klageschrift		BRAGO genannte Betrag von 6.000 DM ist kein Regelwert,	
durch eingeschriebenen Brief auch im Ausland führt daher,		sondern nur ein Hilfswert.	
wenn der Beklagte sich nicht auf das Verfahren einläßt, aus		OLG Köln vom 2. Mai 1994 – 16 Wx 10/94	274
deutscher Sicht nicht zu einer ordnungsgemäßen Verfah-		2. ZSEG § 3 III b) 2. Alt. – Die Zuschlagsberechtigung als	
renseinleitung.		sogenannter Berufssachverständiger im Sinne des § 3 III b)	
OLG Köln vom 1. Juni 1994 – 16 W 68/93	270	2. Alt. ZSEG hängt nicht davon ab, daß der Sachverständige	
3. BGB § 549 I Satz 2; AGBG §§ 1, 9. – „Verwender“ im Sinne		ausschließlich für Gerichte und Staatsanwaltschaften	
des § 1 AGBG ist unabhängig von der Herkunft der vor-		tätig ist; vielmehr werden die Einkünfte aus privater Gutach-	
formulierten Vertragsbedingungen die Partei, zu deren		tertätigkeit bei der Berechnung des Gesamteinkommens	
Gunsten die Bedingungen in den Vertrag einbezogen		miteingerechnet. – Für die Höhe des Zuschlages kann aller-	
wurden. – Das Sonderkündigungsrecht des Mieters nach		dings ausschlaggebend sein, in welchem Verhältnis	
§ 549 I Satz 2 BGB kann im Falle der Vermietung gewerb-		der Arbeitsaufwand des Sachverständigen für Gerichte und	
licher Räume durch eine entsprechend vorformulierte		Staatsanwaltschaften zu seinen sonstigen Tätigkeiten	
Bedingung in Allgemeinen Geschäftsbedingungen wirksam		steht.	
ausgeschlossen werden.		OLG Düsseldorf vom 6. September 1994 – 10 W 103/94 ...	275
OLG Düsseldorf vom 23. Juni 1994 – 10 U 152/93.	270	Hinweise auf Neuerscheinungen	275

I.

631

**Verwaltungsvorschriften
zur Landeshaushaltsordnung (VV-LHO)**RdErl. d. Finanzministeriums v. 30. 11. 1994 –
I D 3 – 0100 – 0.80

Mein RdErl. v. 21. 7. 1972 (SMBL. NW. 631) wird nach Beteiligung aller obersten Landesbehörden im Einvernehmen mit dem Landesrechnungshof wie folgt geändert:

- 1 Nummer 2.47 bis Nummer 2.54 werden gestrichen.
- 2 Die als Anlage zu meinem RdErl. v. 21. 7. 1972 gehörenden VV zur LHO werden wie folgt geändert:
 - 2.1 Im Inhaltsverzeichnis wird der Abschnitt, der mit den Worten „Zu § 100“ überschrieben ist, gestrichen.
 - 2.2 Die VV zu § 35 LHO werden wie folgt geändert: Nummer 3.22 erhält folgende Fassung:

3.22 bei den Ausgaben
vom Empfänger zurückgezahlte Personalausgaben (Hauptgruppe 4 des GPL).
 - 2.3 Die VV zu § 100 LHO werden einschließlich der dazugehörenden Muster 1 bis 10 gestrichen.
- 3 Dieser RdErl. tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1995 in Kraft.

– MBL. NW. 1994 S. 1512.

Einzelpreis dieser Nummer 5,30 DM

zuzügl. Porto- und Versandkosten

Bestellungen, Anfragen usw. sind an den A. Bagel Verlag zu richten. Anschrift und Telefonnummer wie folgt für

Abonnementsbestellungen: Grafenberger Allee 100, Tel. (0211) 96 82/238 (8.00–12.30 Uhr), 40237 Düsseldorf

Bezugspreis halbjährlich 98,- DM (Kalenderhalbjahr). Jahresbezug 196,- DM (Kalenderjahr), zahlbar im voraus. Abbestellungen für Kalenderhalbjahresbezug müssen bis zum 30. 4. bzw. 31. 10., für Kalenderjahresbezug bis zum 31. 10. eines jeden Jahres beim A. Bagel Verlag vorliegen.

Reklamationen über nicht erfolgte Lieferungen aus dem Abonnement werden nur innerhalb einer Frist von drei Monaten nach Erscheinen anerkannt.

In den Bezugs- und Einzelpreisen ist keine Umsatzsteuer i. S. d. § 14 UStG enthalten.**Einzelbestellungen:** Grafenberger Allee 100, Tel. (0211) 96 82/241, 40237 Düsseldorf

Von Vorabesendungen des Rechnungsbetrages – in welcher Form auch immer – bitten wir abzusehen. Die Lieferungen erfolgen nur aufgrund schriftlicher Bestellung gegen Rechnung. Es wird dringend empfohlen, Nachbestellungen des Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen möglichst innerhalb eines Vierteljahres nach Erscheinen der jeweiligen Nummer beim A. Bagel Verlag vorzunehmen, um späteren Lieferschwierigkeiten vorzubeugen. Wenn nicht innerhalb von vier Wochen eine Lieferung erfolgt, gilt die Nummer als vergriffen. Eine besondere Benachrichtigung ergeht nicht.

Herausgeber: Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Haroldstraße 5, 40213 Düsseldorf
Herstellung und Vertrieb im Namen und für Rechnung des Herausgebers: A. Bagel Verlag, Grafenberger Allee 100, 40237 Düsseldorf
Druck: TSB Tiefdruck Schwann-Bagel, Düsseldorf und Mönchengladbach

ISSN 0177-3569